

WHG Kompakt

Zivil-, verwaltungs- und strafrechtliche
Rechtsvorschriften für Betreiber von und
Dienstleister in industriellen Abwasseranlagen -
11. Novelle des Anhang 40 / Entwurf

Schulung gem. [DWA-M 1000 \(Jan 2020\)](#) für den Betrieb nach den
allgemein anerkannten Regeln der Technik (aaRdT).

Referent:
RA Dipl.-Jur. (Univ.) Frank Naujoks
September 2020

Anlagen: Gesetzestexte

ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -



Inhalt des Inhouse-Seminars – Abschnitt Recht / WHG

1. Abwassergesetze - Verwaltungsrecht
 - a) Rechtliche Grundlagen des industriellen Abwasserrechts
 - b) WHG - Wasserhaushaltsgesetz
 - c) AbwasserVO, Anhang 40 Metallbearbeitung, Metallverarbeitung
(inkl. Entwurf der 11. Novelle)
 - d) Überwachungswerte
 - e) Satzung der kommunalen Kläranlage DWA-M 1000
2. Betrieb einer Abwasseranlage nach den allgemeinen technischen Regeln der Technik / DWA-M 1000 (Jan 2020)
3. Zivilrechtliche Aspekte beim Betrieb einer Abwasseranlage
4. Strafrechtliche Aspekte beim Betrieb einer Abwasseranlage
 - a) Ordnungswidrigkeiten
 - b) Strafrechtliche Konsequenzen

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Rechtliche Grundlagen - WHG

Verwaltungsrechtliche Erlaubnistatbestände wie §§ 57, 58 WHG genehmigen eine Einleitung von industriellen Abwässern

Schutzgut ist also nicht:

- Die Umwelt als möglichst präindustrielle Natur zu erhalten

sondern:

- Schutz der verwaltungsrechtlichen Anordnungs- und Abwehrmaßnahmen

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Definition:

„Eine Umweltverschmutzung ist erlaubt, wenn Sie von der Behörde genehmigt wurde.“

Genehmigungen - WHG

Jede Benutzung von Wasser bzw. Einleitung im Betrieb ist wenigstens anzeigepflichtig!

- Beachte insbesondere, dass der Zulauf von Stadtwasser nur mit **0,05 mg/L Kupfer** zulässig ist, der Ablauf jedoch nur mit **0,05 mg/L Kupfer** selbst bei einer auch noch so geringen gewerblichen Inanspruchnahme (Bsp: auch nur Wasserhahn in Produktionshalle, WC, etc.).
- Keine Geringfügigkeitsschwelle (Anm: St. 10 Abs. 1 Nr. 1 angenommen ab ca. 8L)
- Ausnahmen bestehen für Niederschlagswasser ohne Vermischung mit anderen Schmutzwässern
- Dies gilt auch für Verdampfungsanlagen, da diese wie Abwasseranlagen nach den aaRdT betrieben werden müssen, selbst wenn gar kein Abwasser eingeleitet wird.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Genehmigungen - WHG

Typische Nebenbestimmungen und Besonderheiten der Erlaubnis

Nach § 13 WHG sind Nebenbestimmungen möglich und auch üblich. Diese können auch nachträglich noch erlassen werden.



Genehmigungen - WHG

Typische Nebenbestimmungen und Besonderheiten der Erlaubnis

- Befristung auf 20 Jahre (maximal)
- Widerruflichkeit der Erlaubnis, wenn z.B.
 - 3 Jahre lang nicht eingeleitet oder erheblich weniger eingeleitet (< 90%)
 - Zweck der Einleitung hat sich geändert
 - Nichterfüllung einer Auflage
 - Unkenntnis der Behörde zum Zeitpunkt der Erlass der Erlaubnis, dass eine andere Entscheidung zur Folge gehabt hätte
 - Änderung von Rechtsvorschriften solange nicht, als der Gebrauch von der Erlaubnis gemacht wurde
 - Verhütung oder Beseitigung von schädlichen Einwirkungen für das Allgemeinwohl
- Eigenüberwachung und Überwachung durch die Behörde (und ggf. Stadt)
- Sonderpflichten im Verteidigungsfall
 - Abwasseranlage weiter zu betreiben
 - Verpflichtung eigene Brunnen zu bohren

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Genehmigungen - WHG

Sonderfall:

UVP-Pflichtige Anlagen / Anlagengenehmigung nach § 60 WHG

Ab **120 m³/Tag** Einleitung oder

eine **Chemiepark-Abwasserbehandlungsanlage** (iSd 2010/75/EU Art 1 Nr. 6.11) = UVP-Pflicht (Umweltverträglichkeitsprüfung)

Soweit eine UVP-Pflicht besteht, ist auch die Abwasseranlage gesondert nach § 60 WHG zu genehmigen, mit den folgenden Pflichten:

- Anzeige jeder (!) Änderung an der Abwasseranlage
- Zusätzliche Überwachung durch die IZÜV
 - Zusätzliche Überwachungsparameter
 - Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren
 - Höhere Überwachung
 - Besonderer Straftatbestand nach § 327 Abs. 2 Nr. 4 StGB

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Genehmigungen - WHG

Sonderfall:

IED-Anlagen (2010/75/EU, Industrieemissionsrichtlinie) – IED-Anlagen

IE-Einleiter ist, wer folgende Verarbeitungskapazitäten hat
(weitere Beispiele: Anhang 1, RL 2010/75/EU):

- kulminiertes **Wirkbad**volumen über 30 m³
- bzw. für Feuerverzinkereien: mehr als 2 to Rohstahl / h.



Nicht-IE-Einleiter



IE-Einleiter

(Bolta, Guggenberger, OSRAM, Gerhardt)

Genehmigungen - WHG

Sonderfall:

IED-Anlagen (2010/75/EU, Industrieemissionsrichtlinie) – IED-Anlagen

Wirkbaddefinition nach EU-Recht (strittig!):

Wirkbad beinhaltet alle vor- und nachgeschalteten Prozessschritte, in denen eine gezielte chemische oder elektrolytische Reaktion (einschließlich chemische) Reaktion mit der Oberfläche von Metallen oder anderen festen Stoffen stattfindet, wie z.B. Beizen, Phosphatieren, Beschichten, Polieren, Passivieren. Bäder, in denen keine oder nur geringfügige oder unerwünschte Reaktionen stattfinden, wie z.B. Entfettungsbäder, Vorwärmebäder, Spülbäder und Bäder, in denen Werkstücke nur gewaschen, getrocknet und behandelt werden, sind dagegen keine Wirkbäder.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Genehmigungen - WHG

Sonderfall:

IED-Anlagen (2010/75/EU, Industrieemissionsrichtlinie) – BVT-Merkblätter

Übernahme der aus der IVU-Richtlinie 2008/1/EG bekannten BVT-Merkblätter (Beste Verfügbare Techniken).

„BVT sind die effizientesten und fortschrittlichsten Entwicklungen, die bei der Ausführung von Tätigkeiten und entsprechenden Betriebsmethoden, der bei der Anwendung dieser Techniken als praktisch erscheinen lässt, als Grundlage für die Emissionsgrenzwerte und sonstige Genehmigungsaufgaben zu dienen, um Emissionen zu vermeiden oder, wenn dies möglich ist, zu vermindern. (...)“

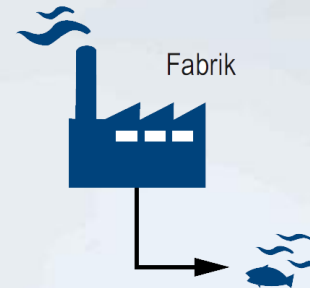
- Die Aufnahme einer Technik in die BVT-Merkblätter setzt die erfolgreiche Umsetzung in 3 Anlagen in Europa voraus.
- Es ist kein Rechtsweg gegen die BVT-Merkblätter vorgesehen.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Genehmigungen - WHG

Direkteinleiter - § 57 WHG

Teil C/D/E.. des Anhang 40 der AbwasserVO
(ggf. IE-Einleiter/UVP-Pflicht)



1. Menge und Schädlichkeit des Abwassers so gering gehalten werden, wie bei Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahrenstechnik zum Stand der Technik möglich ist.
 - § 3 Nr. 11 WHG iVm Anlage 1 Nr. 13 WHG: **Abwasserklärblätter** sind zu berücksichtigen
2. Einleitung ist mit den Anforderungen an die Wassereigenschaften und sonstigen rechtlichen Anforderungen vereinbar.
 - z.B. Bewirtschaftungsplan: **schädliche Stoffe**, aber auch durch pH-Wert und Temperatur, die im Anhang 40 nicht geregelt sind, auch GrwV.
3. Abwasseranlagen müssen entsprechend der aaRdT errichtet und betrieben werden.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Anhang 40 der AbwasserVO

Grundsätzliches zur AbwasserVO

- Der Anhang gilt nur für die in Nr. 1-12 genannten Industriezweige, ohne Kühlwasser, Abwasser aus Betriebswasseraufbereitung, Niederschlagswasser
- Die genannten Überwachungswerte sind Mindestwerte (idR jedoch tatsächlichen Grenzwerte) § 1 Abs. 2 AbwasserVO.
- Nur diejenigen sind in der Genehmigung aufzunehmen, die im Betrieb vorhanden sind, § 1 Abs. 2 S. 3 AbwasserVO.
- Verlagerung von Abwasser zu Abfall entgegen der Technik ist unzulässig, § 3 Abs. 2 S. 1 AbwasserVO
- Die Überwachungswerte dürfen nicht durch die Genehmigung erreicht werden. (Eine Erhöhung des Spülkriteriums aus anderen Gründen ist gleichwohl zulässig.) § 3 Abs. 3 AbwasserVO – dies gilt insbesondere für die Überwachungswerte aus DWA-M 115-2 (pH, Sulfat).
- § 3 Abs. 2a AbwasserVO: „Abwasseranlagen sollen so errichtet, betrieben und benutzt werden, dass eine **energieeffiziente** Betriebsweise ermöglicht wird.“ (BR Drucksache 199/18 vom 23.05.2018)

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Anhang 40 der AbwasserVO

Grundsätzliches zur AbwasserVO

- Wassersparende Maßnahmen (Teil B) müssen nicht allesamt erfüllt sein, sondern stehen unter einer Kosten-Nutzen Abwägung (idR 1-2 wassersparende Maßnahmen ausreichend).
- Anforderungen für die Einleitungsstelle in Gewässer (Teil C) getrennter Einleiter
• Für Indirekteinleiter sind diese Werte in der Regel bei der Errichtung der kommunalen Kläranlage vorhanden.
- Anforderungen vor Vermischung (Teil D) können auch nach Vermischung erfüllt werden, wenn mindestens die gleiche Vermeidung der Schadstofffracht je Parameter wie bei getrennter Einhaltung erreicht wird, § 3 Abs. 4 AbwasserVO. Bei Indirekteinleitungen kann die Einleitungsstelle sein, § 5 S. 2, 3 AbwasserVO.
- Anforderungen für den Ort des Abfalls (Teil E) müssen in der jeweiligen Vorhandlungsanlage erfüllt sein, § 3 Abs. 5 AbwasserVO.
- Probenahmepunkt: pH-Endkontrolle (für staatliche Überwachung nach AbwVO)

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Anhang 40 der AbwasserVO

Einleitertypen, Teil A

1. Galvanik
2. Beizerei
3. Anodisierbetrieb
4. Brüniererei
5. Feuerverzinkerei, Feuerverzinnerei
6. Härterei (außer in der Stahlherstellung, Teil A Abs. 2)
7. Leiterplattenherstellung
8. Batterieherstellung
9. Emaillierbetrieb
10. Mechanische Werkstätte
11. Gleitschleiferei
- ~~12. Lackierbetrieb~~

ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -

Anhang 40 der AbwasserVO

Wassersparende Maßnahmen Teil B

(1) Abwasseranfall und Schadstofffracht sind so gering zu halten, wie dies durch folgende Maßnahmen möglich ist:

1. Verlängerung der Standzeit von Prozesslösungen durch Einsatz von Membranfiltration, Aktivkohlebehandlung, Ionenaustausch, Elektrolyse oder ähnliche Verfahren,
2. Rückhalten von Inhaltsstoffen aus Prozesslösungen durch verdampfungssparen, Warentransport, Absprühen über dem Prozessbehälter oder ähnliche Verfahren,
3. Optimierung der Elektrolytzusammensetzung,
4. Minimierung des Spülwasserbedarfs durch den Einsatz von wassersparen-der Spültechniken wie Kaskadenspülung, Kreislaufspülung oder die Reduzierung des Spülwassers über Ionenaustauscher, Umkehrosmose oder ähnliche Verfahren,
5. Rückführen von geeigneten Inhaltsstoffen aus Spülstufen in die Prozesslösungen,
6. Rückgewinnung von Wertstoffen aus verbrauchten Prozesslösungen, Spülwasser und geeigneten Abwasserteilen durch Elektrolyse, Auskristallisieren

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Anhang 40 der AbwasserVO

Wassersparende Maßnahmen Teil B

7. Getrennthaltung und -behandlung von Abwasserteilströmen, soweit eine stoffliche Verwertung der Abwasserschlämme möglich ist und Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen,
8. Minimierung des Abwasseranfalls aus der Abluftfassung und -behandlung,
9. Minimierung von AOX enthaltenden Einsatzstoffen und Hilfsmitteln:
 - a) Einsatz von Hydraulikölen, Befettungsmitteln und Wälzlagerölen in der Produktion, die keine organischen Halogenverbindungen enthalten,
 - b) Einsatz von Salzsäure in der Produktion und in der Abwasserbehandlung, die keine höhere Verunreinigung durch organische Halogenverbindungen und Chlor aufweist, als nach DIN EN 939 (April 2000) zulässig ist,
 - c) Einsatz von Eisen- und Aluminium in der Abwasserbehandlung, die keine höhere Belastung mit organischen Halogenverbindungen aufweisen als 100 Milligramm, jeweils auf ein Kilogramm Eisen oder Aluminium in den eingesetzten Behandlungsmitteln,

Achtung: Damit keine fiktive Ausnahme mehr im AOX Überwachungswert, früher Teil D Abs. 5 Anhang 40 alt!

Anhang 40 der AbwasserVO

Wassersparende Maßnahmen Teil B

10. Verzicht auf cyanidische Bäder,
11. Verzicht auf den Einsatz von Hilfsstoffen, die per- oder polyfluorierte Verbindungen (PFC) enthalten; kann auf den Einsatz nicht verzichtet werden, ist die Emission durch messtechnisch kontrollierte und dokumentierte Dosierung zu begrenzen und sind die Emissionen entsprechend den technischen Möglichkeiten zu reduzieren,
12. Verzicht auf den Einsatz von Organosulfiden in der Abwasserbehandlung; kann auf den Einsatz nicht verzichtet werden, ist die Emission zu minimieren und sind gegebenenfalls im Abwasser vorhandene Überreste durch eine Rückfällung mit Metallsalzen oder mit anderen geeigneten Verfahren vollständig zurückzunehmen.

(2) Die Einhaltung der Anforderungen nach Anlage 2 ist in einem betrieblichen Abwasserkataster nach Anlage 2 zu dokumentieren.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Anhang 40 der AbwasserVO

Überwachungswerte nur für Direkteinleiter, Teil C

Herkunftsbereiche		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Qualifizierte Stichprobe oder 2-Stunden-Mischprobe													
Aluminium													
	mg/l	3	3	3	-	-	-	-	-			3	3
Ammoniumstickstoff													
	mg/l	100	30	-	30	30	50	50			30	-	-
Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)													
	mg/l	400	100	100	200	200	200	200	200	100	400	400	300
Eisen													
	mg/l	3	3	-	-	-	-	3	3	3	3	3	3
Fluorid, gelöst													
	mg/l	50	20			50	-	50	-	50	30	-	-
Nitritstickstoff													
	mg/l	-	5		5	-	5	-	-	5	5	-	-

ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -

Anhang 40 der AbwasserVO

Überwachungswerte nur für Direkteinleiter, Teil C

Herkunftsbereiche	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Qualifizierte Stichprobe oder 2-Stunden-Mischprobe											
Kohlenwasserstoffe, gesamt												
mg/l	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
Phosphor, gesamt												
mg/l	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Giftigkeit gegenüber Fischeiern (G _{Ei})	6	4	2	6	6	6	6	6	4	6	6	6

ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -

Anhang 40 der AbwasserVO

Überwachungswerte für Indirekt- und Direkteinleiter, Teil D - **NEU**

	Stichprobe (Charge) oder 2h- Mischprobe (Durchlauf) in mg/l	Stichprobe in mg/l
Arsen	0,10	
Barium	2,0	
Blei	0,50	
Chrom, gesamt		
Kobalt		
Kupfer	0,50	
Nickel	0,50	

ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -

Anhang 40 der AbwasserVO

Überwachungswerte für Indirekt- und Direkteinleiter, Teil D - **NEU**

	Stichprobe (Charge) oder 2h-Mischprobe (Durchlauf) in mg/l	Stichprobe in mg/l
Silber	0,50 (zuvor 0,1 mg/l)	
Zinn	2,0	
Zink	2,0	
Selen		
Sulfid, leicht freisetzbar		
AOX		1,0
Chlor, freies		0,50

ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -

Anhang 40 der AbwasserVO

4 von 5 Regel § 6 Abs. 1 AbwasserVO – Überschreitung von Überwachungswerten

- Überwachungswerte in einer amtlichen Messung in der pH Endkontrolle nach Anhang 40 gelten trotz Überschreitung nach § 6 Abs. 1 AbwasserVO, wenn die Messung gewahrt, sofern
 - Parameter nicht mehr als das doppelte überschritten (z.B. 2,00 mg/L Cu also nicht mehr als 1,00 mg/L Cu)
 - In den letzten 3 Kalenderjahren und 4 Messungen nicht überschritten
 - Soweit weniger als 4 vorherige Messungen stattgefunden haben, gelten fehlende Messungen als überschritten.
 - Soweit mehr als 5 Messungen durchgeführt werden, gilt es für jede 5. Messung
 - Messunsicherheiten sind zu berücksichtigen
 - Probenahme darf nicht aus stehenden Puffertanks, Reststandsflüssigkeiten in pH-Endkontrollen bei diskontinuierlichem Betrieb genommen werden.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

DWA-M 115-2

Anforderungen für Indirekteinleiter in kommunale Kläranlagen

- **Unzulässige Abfallentsorgung 3.2**

Stoffe, die geeignet sind, die **Funktionsfähigkeit** der öffentlichen Abwasseranlage zu beeinträchtigen, bzw. die **Reinigungsleistung** der öffentlichen Abwasserbehandlung zu mindern, **beeinträchtigen, giftige, übelriechende** oder **explosive Dämpfe** zu bilden sowie **Bau- und Werkstoffe anzugreifen**, dürfen nicht in die öffentliche Abwasseranlage beseitigt werden.

ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -

DWA-M 115-2

Anforderungen für Indirekteinleiter in kommunale Kläranlagen

Richtwerte für die Einleitung nicht häuslichen Abwassers

(Probenahmepunkt Übergabeschacht in die Kanalisation, nicht pH-Endkontrolle!)

Parameter	Richtwert	Bemerkung
Chrom VI (Cr)	0,2 mg/l	
Cobalt (Co)	2 mg/l	
Kupfer (Cu)	1 mg/l	
Nickel (Ni)	1 mg/l	
Quecksilber (Hg)	0,1 mg/l	
Zinn (Sn)	5 mg/l	
Zink (Zn)	5 mg/l	

ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -

Betrieb der Abwasseranlage

DWA-M 1000 – Exkurs: externe Dienstleister II

Auswahl des Dienstleisters (z.B. Montagekräfte)

fachliche Prüfung durch die technische Führungskraft ob die angebotene Leistung erbracht werden kann

1. Dienstleister ist personell und materiell (z.B. WHG, BImSchG) in der Lage den Auftrag zu erfüllen
2. Angemessene Überwachung und Kontrolle der anfallenden Tätigkeiten (z.B. ISO 9001-Zertifikat)
3. Die konkret ausgeführten Arbeiten entsprechen hinsichtlich der notwendigen
 - 1. Zuverlässigkeit (keine erkennbaren Negativmerkmale)
 - 2. Leistungsfähigkeit (Ausschließen)
 - 3. Sach- und Fachkunde (entsprechend dem eigenen Personal)

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Betrieb der Abwasseranlage

DWA-M 1000 – Anforderungen an das Personal einer Abwasseranlage

Facharbeiter

Das Fachpersonal muß aufgrund der Erfahrungen und Kenntnisse in der Abwasseranlage, die im übertragenen Aufgaben zu beurteilen, auszuführen sowie die Gefahren erkennen und beseitigen können.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Betrieb der Abwasseranlage

DWA-M 1000 – Anforderungen an das Personal einer Abwasseranlage

Facharbeiter – Anforderungen

- Ausbildung:
 - Den **Fachaufgaben** entsprechende abgeschlossene Ausbildung
- Facherfahrung und Kenntnisse - Nachweislich
 - Nachweisliche Kenntnisse, ggf. nachschulbar
 - Zivil-, verwaltungs-, und strafrechtliche Kenntnisse für den Betrieb einer Abwasseranlage (jetzt auch in DWA-M 1000 5.3.3)
 - Kenntnisse der Gesundheitsschutz
 - Allgemein anerkannte Betriebstechnik (DWA-Vorschriften)
 - Unternehmensinterne Anweisungen durch Unterweisungen
 - Zugriffsmöglichkeit auf Weiterbildungsunterlagen und Fachveröffentlichungen, insb. Umweltschutz und Arbeitssicherheit
- Regelmäßige jährliche Weiterbildung in den vorgenannten Kenntnissen (Verantwortlichkeit: Technische Führungskraft!)

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Betrieb der Abwasseranlage

DWA-M 1000 – Anforderungen an das Personal einer Abwasseranlage

Facharbeiter – Leiharbeitnehmer

- Anforderungen wie an eigene Arbeitnehmer
- Einweisung – Nachweislich
 - Zivil-, verwaltungs-, und strafrechtliche Kenntnisse für den Betrieb einer Abwasseranlage
 - Kenntnisse der Gesundheitsschutz / Arbeitsschutz Vorschriften
 - Allgemein anerkannte Regeln der Technik (Vorschriften)
 - Unternehmensinterne Anweisungen und Unterweisungen
 - Zugriffsmöglichkeit auf Weiterbildungsunterlagen und Fachveröffentlichungen, die dem Gesundheit und Arbeitssicherheit

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Ordnungswidrigkeiten

Grundsätzliches zu Ordnungswidrigkeiten

Täter: Handelnder, Überwachungsgarant (z.B. GF) und Unternehmen selbst

Straferhöhend:

- Hohe Umweltbeeinträchtigung
- Täter ist uneinsichtig
- Täter hat in den letzten 3 Jahren bereits wenigstens eine Ordnungswidrigkeit erhalten,
- Zustand hat bereits länger andauert
- Täter lebt in überdurchschnittlichen Verhältnissen

Strafmindernd:

- Geringe Umweltbeeinträchtigung
- Vorwurf vergleichsweise gering
- Einsicht des Täters
- Täter lebt in wirtschaftlich sehr schlechten Verhältnissen.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Strafrecht

Gewässerverunreinigung § 324 Abs. 1 StGB - Vereinfacht

Tatbestand:

1. **Gewässer verunreinigt**, d.h. jede nachteilige Veränderung im physikalischen, chemischen oder biologischen Sinn, die über unbedeutende, vernachlässigbare, kleine Beeinträchtigungen hinausgeht. Anzeichen ist jedes Minus an Wassergüte oder z.B. Abwandern von Fischen.
2. **Unbefugt**, d.h. ein Überschreiten **eines** amtlichen (von der Kripo geheim im Kanal gezogen) Überwachungswerts in den letzten drei Kalenderjahren wie im Bescheid festgelegt nach der 4-von-5 Regel um mehr als das Doppelte. Es gilt der Grundsatz der Verwaltungsakzessorität.
BVerwG (UPR 1996, 148, 149):
„Dies mag dazu führen, dass bei einer Verunreinigung eines Überwachungswerts (Anm.: um mehr als 100% aus der 4-von-5 Regel) grundsätzlich auch das Tatbestandsmerkmal unbefugt im Sinne des § 324 StGB erfüllt ist.“
3. **Keine Minima-Klausel** im Gesetz.
4. Fahrlässigkeit und Versuch mit Strafe bedroht.

ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -

Strafrecht

Unerlaubter Umgang mit Abfällen § 326 Abs. 1 StGB - Vereinfacht

Wenn Schaden durch den Täter noch abgewendet wird, kann von einer Strafe abgesehen werden, sog. tätige Reue.

Minima-Klausel für geringe Überschreitungen (z.B. bei Indirektionsanlagen).

Konsequenz:

- Straftat einfach zu verwirklichen – grds. auch für ...ileiter
- Berufsverbot möglich
 - Auch schon im Ermittlungsverfahren ...gr. sofort!
- Notwendige Zuverlässigkeit für das ... einer Abwasserbehandlungsanlage ...en.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Zivilrecht

Exkurs Arbeitsrecht: Persönliche Haftung durch Arbeitnehmer

- Vorsätzlicher Verstoß gegen Dienstanweisung:
Volle AN-Haftung
- Grob fahrlässiger Verstoß:
Volle-Anteilige AN-Haftung
(Richtwert: 3 Brutto-Monatsgehälter)
- Leicht fahrlässiger Verstoß:
Keine Haftung

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**

Decker Verfahrenstechnik GmbH

Ionenaustauscher – Umkehrosmose

Analytik – Beratung – Montage – Service

Rechtliche Hinweise

Decker Verfahrenstechnik GmbH
Bruckäcker 12
92348 Berg/Opf. – Germany
Geschäftsführer: Frank Naujoks, Reinhard Naujoks
Tel: 09189/4410-0
Fax: 09189/4410-20
E-Mail: info@decker-vt.de
Website <http://www.decker-vt.de>

Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE133516557
Handelsregister: HRB AG Nürnberg 8041
Fachbetrieb nach WHG, kontrolliert vom TÜV SÜD Industrie Service GmbH, Edisonstr. 15, 90431 Nürnberg

Es gelten unsere AGB, einsehbar unter: <http://www.decker-vt.de/agb.htm>. Versand von vertraglich festgelegten Unterlagen ist auf Wunsch. Bei allen sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten ist, wenn der Besteller Vollkaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentliches Sonderevermögen ist, die Klage bei dem Gericht zu erheben, das für den Hauptsitz der Decker Verfahrenstechnik GmbH zuständig ist. Die Anwendung deutschen Rechts ist vereinbart. UN-Kaufrechts (United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods, CISG, vom 11. April 1980) ist vereinbart. Rechtlich verbindlich sind ausschließlich Aufträge, die durch Auftragsbestätigungen. Aus dieser Präsentation können keine Rechte hergeleitet werden. Es handelt sich bei dieser Präsentation nicht um eine Beratung. Generelle Aussagen zu den vorgenannten Thematiken. Eine Beratung im Einzelfall bedarf stets einer ausdrücklichen schriftlichen Beauftragung. Im Rahmen der Vertragsgestaltung ist das Thema dieser Präsentation gilt das gesprochene Wort.

Diese Präsentation ist ausschließlich für den Eingangs benannten Empfänger bestimmt und urheberrechtlich geschützt. Dem Empfänger wird im Rahmen seines Unternehmenszwecks für die alleinige, eigene Nutzung ein einfaches Nutzungsrecht für die Dauer von 2 Jahren ab Präsentationsdatum eingeräumt. Das Recht zur weiteren Vervielfältigung, Verbreitung, Ausstellung sowie das Vortrags-, Aufführungs- und Vorführungsrecht, das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung, das Senderecht, das Recht der Wiedergabe durch Bildträger und sowie der öffentlicher Zugänglichmachung, bleibt allein dem Urheber vorbehalten. Auch die nur auszugsweise Vervielfältigung bedarf der Genehmigung, das Zitieren von Auszügen ist nur im Rahmen des § 51 UrhG zur Nutzung für wissenschaftliche und schulische Zwecke gestattet. Die in der Präsentation aufgeführten geschützten Marken sind den jeweiligen Inhabern zugeordnet und stellen durch die Aufführung keine Benutzung der Marke dar.

**ANSICHTSEXEMPLAR - Auszüge
- Unterliegt keinem Änderungsdienst -**